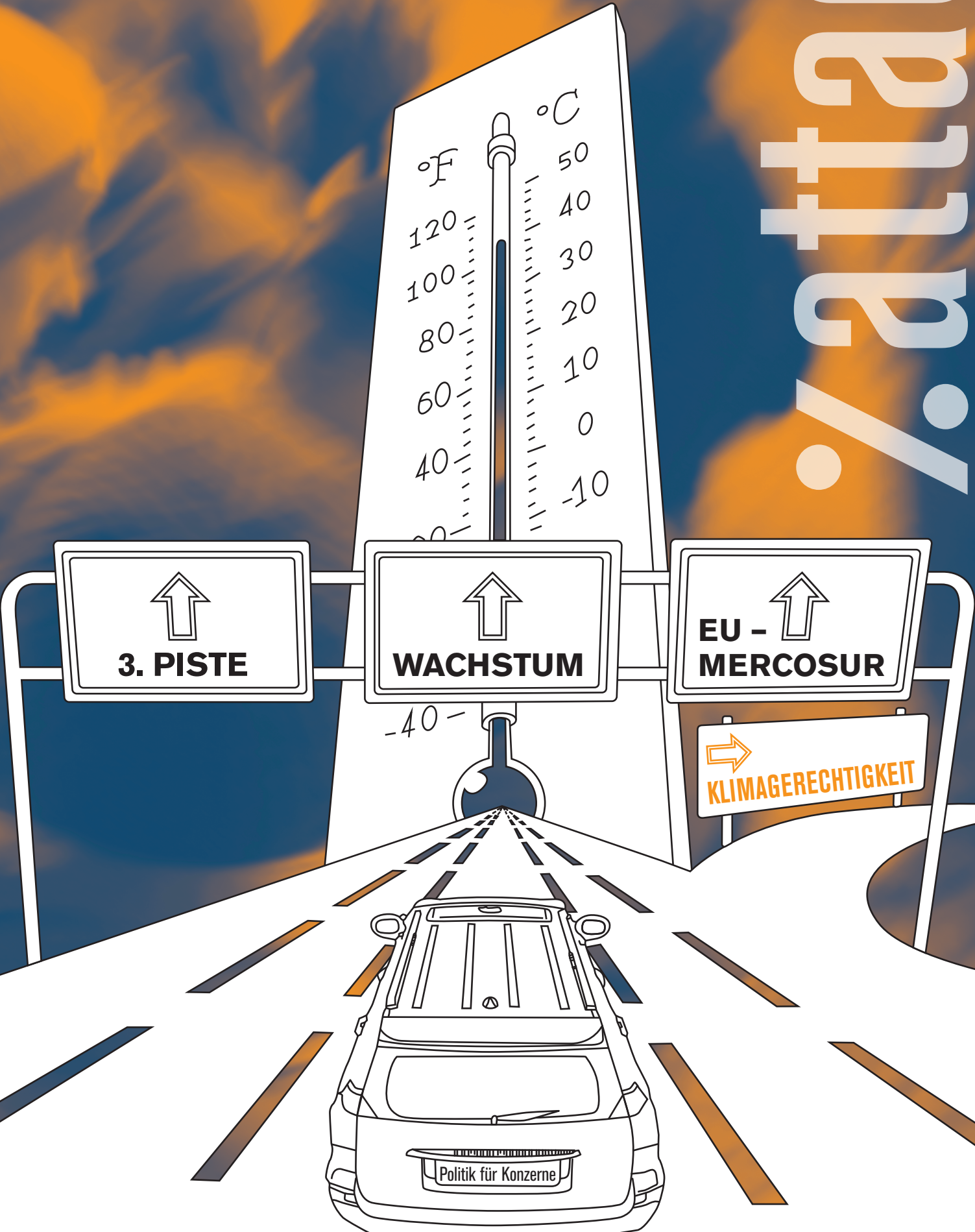


# attac



## BILDUNGSPOLITIK GIBTS JETZT AUCH PER MESSENGER

Anmelden auf Telegram  
bei @progressbundesoe

oder einfach den  
QR-Code scannen



Bundesvertretung der  
Österreichischen Hochschul\_innenschaft

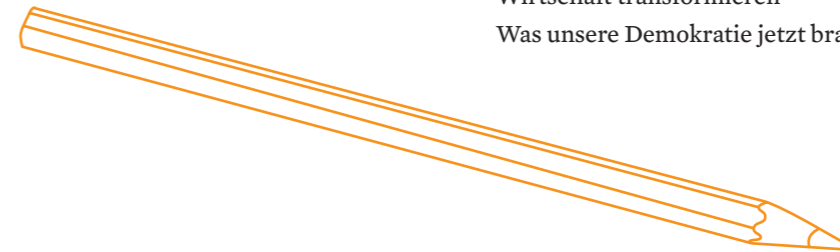


Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter:  
<https://www.oeh.ac.at/datenschutzerklaerung-und-rechtshinweise>

# %attac

## inhaltsverzeichnis

Klimagerechtigkeit jetzt!	4
Wette gewonnen!	5
EU-Mercosur Abkommen	6
Konzerne, Ihr Beitrag bitte!	8
Soldaten, Stacheldraht und Überwachung	10
Wirtschaft transformieren	12
Was unsere Demokratie jetzt braucht	13



### Impressum

Attac Österreich Magazin 2019/2

Attac Österreich  
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle  
der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25  
A-1050 Wien  
Tel: 01/544 00 10  
Fax: 01/544 00 59  
Internet: [www.attac.at](http://www.attac.at)  
E-Mail: [infos@attac.at](mailto:infos@attac.at)  
IBAN: AT552011182424891500  
BIC: GIBAAATWXXX

Grafik: Christian Berger, Elisabeth Blum,  
Walerie Borowski, Wolfgang Homola,  
Anne Lange, Klara Tolnai  
[grafikteam@attac.at](mailto:grafikteam@attac.at)  
Druck: gugler\* print,  
Auflage: 4.700 Stück  
Für den Inhalt verantwortlich:  
Attac Österreich  
Fotos (wenn nicht anders angegeben):  
Attac Österreich  
Inseratenakquisition: Monika Stadler  
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-  
Schmitzberger, David Walch  
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia  
Supper-Schmitzberger  
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, Oktober 2019

Liebe Leserin, lieber Leser!

Ein bewegtes Halbjahr liegt hinter uns, seitdem das letzte Attac-Magazin erschienen ist: das Ibiza-Video, die erste vom Parlament entlassene Regierung, EU-Wahlen, Regierungskrise in Italien und Neuwahlen in Österreich. Auch die kommenden Monate werden nicht weniger bewegt sein: Koalitionsverhandlungen, Brexit und eine neue EU-Kommission.

Und über allem steht ein großes, immer mehr Menschen (endlich!) bewegendes Thema: die Klimakrise. Der Juni 2019 war in Österreich der trockenste und heißeste seit Beginn der Messungen – um 4,7°C heißer als ein durchschnittlicher Juni, um genau zu sein. Während die meisten Regierungen noch untätig sind, erkennen die Menschen überall, dass es höchste Zeit ist zu handeln. Die Klimabewegung wird größer und erzeugt mehr Druck. Auch bei Attac nimmt die Klimakrise einen wichtigen Fokus unserer Arbeit ein – dank der langen Tätigkeit von KlimAttac sind wir hier sehr gut aufgestellt. Auch in dieser Ausgabe unseres Magazins wird klar, dass die Klimakrise mittlerweile in die unterschiedlichsten Themenbereiche unserer Arbeit hineinreicht – egal ob Handel, Demokratie oder Innenpolitik. Auf der diesjährigen Attac-Sommerakademie durften wir zum

Auftakt außerdem Katharina Rogenhofer von Fridays for Future und dem Klimavolksbegehren auf dem Eröffnungspodium begrüßen.

Innenpolitisch dominierten natürlich die Neuwahl und die Möglichkeit einer weiteren türkis-blauen Regierung, die im Interesse ihrer millionenschweren Spender\*innen Politik machen könnte. Denn die großen Vorhaben der gescheiterten Regierung sind noch nicht umgesetzt: Es drohen weitere Kürzungen im Sozialbereich, ein neues Mietrecht im Interesse der Vermieter\*innen und Steuer-geschenke an Konzerne und Superreiche. Denn wer hunderttausende Euro an eine Partei spendet, erwartet sich auch etwas dafür. Wenig überraschend ist übrigens auch die Klimabilanz der Kurz-Strache-Regierung keine gute.

All das und vieles mehr hat uns bei Attac in den vergangenen Monaten bewegt – und wird es wohl auch in naher Zukunft tun. Wir wünschen eine spannende Lektüre und freuen uns auf viele Begegnungen bei kommenden Veranstaltungen!

Das Vorstandsteam  
von Attac Österreich



### ALLES EINE FRAGE DER PERSPEKTIVE

Die ausgelaugten Böden brauchen mit der Zeit immer mehr Kunstdünger und Pestizide um Ernteerträge zu bringen. Der Einstieg in die Abhängigkeit von Chemiekonzernen. Bio durchbricht diesen Teufelskreis. Denn hier wachsen die Erträge langfristig und organisch.  
[www.sonnentor.com/esgehtauchanders](http://www.sonnentor.com/esgehtauchanders)

#ESGEHTAUCH  
ANDERS

# klimagerechtigkeit jetzt!

Wie kaum ein anderes Thema beschäftigt und ängstigt die Klimakrise – und motiviert Menschen aller Altersgruppen aktiv zu werden, sich zu engagieren, für Klimagerechtigkeit auf die Straße zu gehen. Und siehe da, spätestens seit Beginn des Wahlkampfes sind alle Parteien auf den Zug aufgesprungen und haben das Klima auf einmal so gern. Dahinter steht politisches Kalkül.

Standortentwicklungsgesetz, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, Tempo 140 und klimaschädliche Dinosaurierprojekte wie die 3. Piste oder die Lobau-Autobahn (um nur einige zu nennen) mögen vorübergehend zwar aus den Schlagzeilen verschwunden sein, aber sie werden uns noch lange beschäftigen.

Die Stärke von Attac liegt darin, Zusammenhänge aufzuzeigen: zwischen der Ausbeutung von Mensch und Umwelt und dem neoliberalen Wirtschaftssystem, zwischen der Machtkonzentration großer Konzerne und industrieller Landwirtschaft, zwi-

4

schen der europäischen Fiskalpolitik und fehlenden Investitionen in nachhaltige Infrastrukturprojekte. Und: Wir zeigen auf, welche Wege zu einem guten Leben für alle führen, das nicht auf schonungslosem Raubbau an unserer Erde beruht.



## wette gewonnen!

wie ich den turbulenten regierungswechsel erlebte.

Ich habe eine Wette gewonnen! Die meisten Menschen in meiner Umgebung haben nach der Nationalratswahl 2017 gejamert: „Diese türkis-blaue Regierung haben wir jetzt ein bis zwei Legislaturperioden.“ Als unverbesserliche Optimistin habe ich eine Wette abgeschlossen: Diese Koalition hält nicht einmal die erste Legislaturperiode durch! Dass es am Ende gerade mal 18 Monate waren, hat auch mich überrascht.

von Ursula Bauer-Iddrisu



### Ein wichtiges Zeichen: Die Donnerstagsdemos

Im Jahr 2000 wurde wochenlang jeden Donnerstag gegen die damalige schwarz-blaue Regierung demonstriert. Seit 4. Oktober 2018 sind die Do-Demos wieder fester Bestandteil der Protestkultur. Wann immer ich teilgenommen habe, war Gabriel Fauner, Aktivist bei SeniorInnenAttac, dabei und hat mit einer Attac-Fahne den Treffpunkt markiert.



Attac-Aktivist Gabriel Fauner

Lieber Gabriel, wie hast du dich motiviert, immer wieder mitzugehen?

Gabriel: „Ich war schon vor Beginn der Do-Demos ziemlich sauer, denn bereits unter den vorherigen Regierungen waren die Äußerungen betreffend Migration arg. Die Geschichte mit Traiskirchen („Man muss Österreich für Flüchtlinge unattraktiv machen“) und die Äußerungen von Kurz, damals für „Integration“ zuständig („an solche Bilder werden wir uns gewöhnen müssen“). Wie dann die tägliche türkis-blaue Hetze gegen Ausländer, „Schmarotzer“ und Flüchtlinge losgegangen ist, war das für mich Anlass genug zu protestieren.“

Jede Do-Demo stand unter einem anderen Motto. Ist eines besonders hervorstechend?

„Dominantes Thema war sicherlich: gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für eine Willkommenskultur und gegen Abschottung, gegen Diskriminierungen aller Art (Frauen, Homosexualität, Hautfarbe, etc.). Auf die Schippe genommen wurde unter anderem der Innenminister mit den Polizeipferden ...“

Welche Leute waren dabei? Jüngere, Ältere, gemischt?

„Es war unterschiedlich, die Demos werden ja jedes Mal von einer anderen Organisation oder Gruppe ausgerichtet. Insgesamt war es immer bunt gemischt. Stark vertreten waren stets die „Omas gegen rechts“. Ein Transparent ist mir da bei einer Demo besonders aufgefallen: „PolizistInnen gegen rechts“. Von unserer Attac-Gruppe waren immer wieder Senior\*innen mit dabei, übrigens auch jede Woche bei Music for human rights vor dem Innen- und Außenministerium, wo wir lautstark gegen Kickl und Co. angesungen haben.“

### Ein paar Eindrücke unserer Aktivitäten für Klimagerechtigkeit im vergangenen halben Jahr:

Zusammen mit einem offenen Brief an die österreichische Bundesregierung veröffentlichte die Plattform „Wege aus der Krise“ das gemeinsame Positionspapier „Just Transition: Klimaschutz demokratisch gestalten!“, an dessen Erstellung auch KlimAttac beteiligt war. ([www.wege-aus-der-krise.at](http://www.wege-aus-der-krise.at))



Attac unterstützte den weltweiten Klimastreik der „Fridays for Future“ am 15. März mit einer Fotoaktion.

Beim Klimaprotest am 5. April wurde Justitia aus den Ketten der Konzerne befreit.



Am Aktionstag im Rahmen des Klimacamps forderte Attac: „Klimagerechtigkeit statt Konzernmacht!“

Eröffnung der Attac-SommerAkademie mit Katharina Rogenhofer (Fridays for Future, Klimavolksbegehren)



Am 27. September beteiligte sich Attac am weltweiten Protest im Zuge der Earth Strike Woche. In Wien waren über 80.000 Menschen auf der Straße um für einen ernsthaften Klimaschutz einzutreten.

EU-mercosur-abkommen:

# frontalangriff auf bäuerliche landwirtschaft, menschenrechte, umwelt- und klimaschutz

der nationalrat beschloss im september 2019, die österreichische regierung zur ablehnung des abkommens im EU-rat zu verpflichten. das ist ein großer erfolg der globalisierungskritischen und klimagerechtigkeitsbewegung. doch wie schon in der vergangenheit wird der druck seitens der EU groß sein, die österreichische position zu verändern – der deal ist also noch nicht vom tisch. aber was genau steckt hinter diesem abkommen?

Fast 20 Jahre schon verhandelt die EU mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) über die Beseitigung von Handelsschranken im Rahmen eines umfassenden Assoziationsabkommens. Im Juni 2019 verkündeten die Vertreter der EU eine politische Einigung. Das Abkommen umfasst 17 Kapitel zur Deregulierung von Handels- oder Zollbestimmungen oder zur Liberalisierung von Dienstleistungen. Es geht auch um Kriterien für nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz. Entgegen vieler Medienberichte gibt es noch keinen fertigen Vertragstext, fix ist aber, dass das Abkommen der süd-amerikanischen Agro- und Fleischindustrie mehr Exporte in die EU ermöglichen soll – im Austausch für Handelserleichterungen für die europäische Industrie, allen voran die deutsche Autoindustrie.

## Sanktionen bei Umweltschutz? Fehlanzeige

Die bisher bekannten Vertragsentwürfe übertreffen unsere Befürchtungen. Im Kapitel über nachhaltige Entwicklung und in den Absätzen zu Waldschutz und illegalem Holzeinschlag bleibt das Abkommen unverbindlich und zahnlos. Von „Information, Austausch und Voranbringen“ ist die Rede. Konkrete, bindende Vereinbarungen zum Klimaschutz oder gegen Rodungen fehlen aber, ebenso wie Sanktionen (Strafzahlungen oder Handelssanktionen) für illegalen Holzeinschlag oder die Vertreibung indigener Gruppen von ihrem Land. Zudem ist das Nachhaltigkeitskapitel vom Streitschlichtungsmechanismus ausgenommen. Anders als bei allen anderen Vereinbarungen des Abkommens kann er bei Verstößen gegen Umwelt- und Menschenrechtsbestimmungen nicht angerufen werden. Entgegen der Behauptungen der EU-Kommission oder jener, die das Abkommen verteidigen, gibt es also kein Druckmittel, um die klima- und umweltschädliche Politik des brasiliani-

von  
Alexandra  
Strickner

6

schen Präsidenten Jair Bolsonaro zu sanktionieren und mehr Wald- und Klimaschutz durchzusetzen.

Das Abkommen ist noch lange nicht ratifiziert, und schon jetzt wird mit den Bränden im Amazonas und dem massiven Anstieg der Rodungen deutlich, welches Signal die Aussicht darauf an die Agrar- und Rohstofflobby in Brasilien sendet. Die Größe der gerodeten Fläche ist im ersten Monat von Bolsonaros Amtszeit um über 50 % gestiegen. Dieses Abkommen ist fatal für unser Klima, für eine sozial-ökologische Landwirtschaft, für Menschenrechte sowie Umwelt- und Verbraucher\*innenschutz – auf beiden Seiten des Atlantiks.

Ein Handelsabkommen mit Bolsonaro würde gegen alle Menschenrechts- und Umweltrichtlinien der EU verstoßen. Seit er an der Macht ist, häufen sich Menschenrechtsverletzungen, werden Schwule und Lesben verfolgt und bewaffnete Überfälle auf indigene Völker toleriert.



## Soja- und Rindfleischimporte zerstören den Regenwald schon jetzt

Schon jetzt ist die EU ein riesiger Markt für brasilianisches Soja und Rindfleisch. Nur durch den massiven Import von Sojaschrot ist die immer stärker industrialisierte Produktion von billigem Fleisch in der EU möglich. 97% des in der EU benötigten Sojaschrots wird importiert; der Großteil kommt aus den Mercosur-Ländern. Man kann also zu Recht sagen: Die EU trägt bereits jetzt Mitschuld an der Zerstörung des Regenwalds in Brasilien, die mit dem Abkommen noch viel stärker vorangetrieben würde.

## Der Kritik der Regierungen ist nicht zu trauen

Ginge es den EU-Regierungen um effektiven Klimaschutz, so hätten sie bereits bei der Verabschiedung des Pariser Klimaschutzabkommens 2015 der EU-Kommission entweder das Mandat für diese Verhandlungen entziehen oder es entsprechend anpassen können. Sie haben es nicht getan.

Erst die Brände im Amazonas im Sommer 2019 und die Größe der Fridays for Future-Bewegung zwangen die Regierungen zu Kritik am Abkommen. Zudem machen auch die großen nationalen Bauernverbände, Rinderzüchter und Agrarlobbys dagegen mobil. Letzteren geht es jedoch mehr um die eigenen Profite als um ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem, das auf lokale Wirtschaftskreisläufe setzt. Schließlich ist die EU-Agrarindustrie ja selbst Profiteurin des exportgetriebenen Agrarsystems.

Die derzeit kritische Haltung zahlreicher Regierungen ist zwar erfreulich, dennoch wäre es falsch auf die angekündigte Ablehnung etwa von Emmanuel Macron oder Sebastian Kurz zu vertrauen. Denn die exportorientierte europäische Industrie hat enormen politischen Einfluss. Nicht auszuschließen ist somit ein Kuhhandel, der den Klimaschutz ignoriert und die Einkommensverluste der europäischen Rinderzüchter mit EU-Geldern kompensiert.

## Das Abkommen muss verhindert, die EU-Landwirtschaft umgestellt werden

Für uns ist klar: Dieses Abkommen ist nicht „reparierbar“ und muss verhindert werden. Die Klimakrise erfordert einen radikalen Umbau der Handels- und Investitionspolitik. Diese muss unsere Lebensgrundlagen und die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen und nicht den Profit einiger weniger. Mehr lokaler und regionaler Handel muss künftig die Messlatte für klimafreundliche Handelsbeziehungen sein. Das gilt vor allem für jene Lebensmittel, die ohnehin vor Ort erzeugt werden können. Auch die Landwirtschaft und das Lebensmittelsystem in der EU müssen umgestellt werden. Die Produktion von gutem Essen für alle darf den Regenwald oder Lebensräume und Landwirtschaften in anderen Kontinenten nicht zerstören. Eine Handelspolitik im Interesse von Agrarindustrie und exportorientierten Konzernen ist damit nicht kompatibel.

Für uns steht fest: Jetzt muss der Druck gegen das Abkommen noch größer werden!

„nein“ zur senkung der konzernsteuern

# konzerne, ihr beitrag bitte!

Vier Tage vor der Veröffentlichung des Ibiza-Videos starteten wir im Mai unsere Kampagne „Konzerne, Ihr Beitrag bitte!“. Sie richtete sich gegen die von der Regierung geplante Senkung der Konzernsteuern (Körperschaftsteuer, KöSt) auf 21 Prozent. Auch wenn Schwarz/Blau das Vorhaben nicht mehr umsetzen konnte – es ist nicht auszuschließen, dass uns Ähnliches auch mit der nächsten Regierung droht.

Dass die Regierung Kurz/Strache ein besonders großes offenes Ohr für die Interessen von Konzernen hatte, ist kein Geheimnis. Doch was ist eigentlich das Problem, wenn Unternehmen weniger Steuern zahlen?

## Drei Gründe gegen die Senkung der Konzernsteuern

### 1. Die Allgemeinheit verliert

Die geplante Senkung der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent hätte uns alle rund 1,5 Milliarden Euro gekostet. Rund 1,25 Milliarden Euro hätten sich dabei allein die 5 Prozent gewinnstärksten Konzerne erspart. Dieses Geld fehlt uns allen – für Kindergärten, Schulen und Universitäten, für Krankenhäuser und Pflege, für öffentlichen Verkehr, Parks und Spielplätze.

Zum Vergleich:

- Mit 600 Millionen Euro könnten wir mobile Pflege und Pflegedienstleistungen ausbauen und 20.000 neue Jobs schaffen.
- Mit rund 900 Millionen Euro könnten wir eine Offensive für kürzere Arbeitszeiten starten und 50.000 neue Jobs schaffen.
- Mit 1,5 Milliarden Euro könnten wir uns österreichweit ganztägige Betreuung in Kindergärten und Schulen leisten.

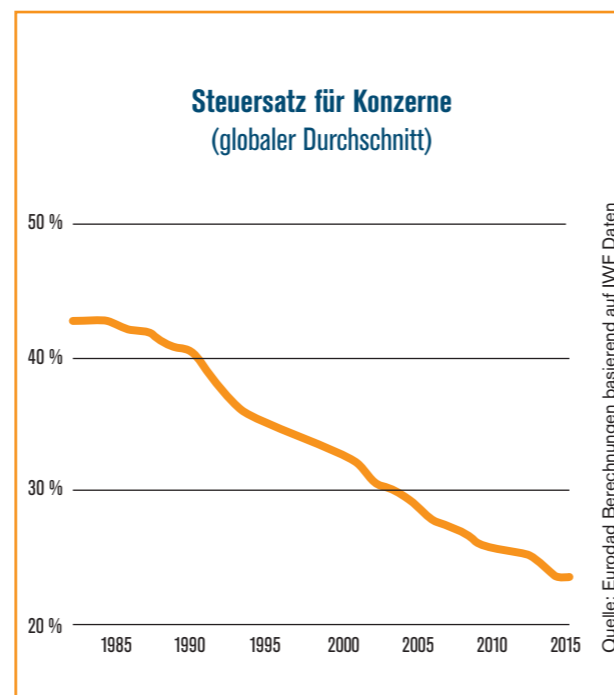
### 2. Steuerdumping wird angeheizt

Die Steuersätze für Konzerne sind im Sinkflug. Seit dem Jahr 1980 haben sie sich weltweit von etwa 42 auf rund 22 Prozent halbiert!

Zusätzlich verringern Konzerne ihren Steuerbeitrag durch Steuertricks und Gewinnverschiebungen in Steuersümpfe, was zu weiteren Steuerausfällen in Milliardenhöhe führt. Eine Senkung der Körperschaftsteuer würde nicht nur das ruinöse Steuerdumping in Europa weiter anheizen – auch der unfaire Wettbewerb zwischen Großkonzernen und Kleinunternehmen würde zunehmen.

von David  
Walch

Wenn alle Länder beim Steuerwettbewerb nach unten mitmachen, stehen letztendlich alle schlechter da. Am Ende leisten Konzerne überall weniger Beiträge – und die Mehrheit der Menschen zahlt die Zeche. Zudem führen niedrigere Steuern auf Konzerngewinne in erster Linie nicht zu mehr Investitionen, sondern zu mehr Finanzspekulation und Gewinnausschüttungen an Aktionär\*innen.



### 3. Kleinere Betriebe zahlen drauf

Multinationale Konzerne haben einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber lokalen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Durch Gewinnverschiebungen in Steuersümpfe zahlen Konzerne effektiv rund 30 Prozent weniger Steuern.

Jetzt schon konzentriert ein kleiner Prozentsatz von Konzernen den Großteil der Gewinne auf sich. Diese Konzerne werden von einer Senkung der KöSt nochmals übermäßig stark profitieren. Gleichzeitig hätten 86 Prozent der Unternehmen gar nichts davon, weil sie kaum Gewinne machen oder als Personengesellschaften keine KöSt, sondern Einkommensteuer zahlen.

Konzern-Aktionär\*innen hingegen würden doppelt profitieren: von höheren Gewinnausschüttungen (Dividenden) und von deren niedrigen Besteuerung. Denn Dividenden werden im Gegensatz zur progressiven Steuer bei Löhnen immer nur mit 27,5 Prozent besteuert – egal wie hoch der ausgeschüttete Gewinn ist.

### Unser Modell: Wer mehr hat soll mehr zahlen!

Wir haben eine Alternative zum Dumping bei Konzernsteuern: Eine progressive KöSt. Wer mehr hat, soll auch mehr beitragen. Dieses bei der Lohnsteuer gültige Prinzip der Leistungsfähigkeit sollte auch für Unternehmen gelten. Das Modell sieht drei Steuerstufen mit 22, 25 und 34 Prozent je nach Gewinnhöhe vor. 9 von 10 aller

KöSt-pflichtigen Unternehmen würden dadurch gleich viel oder weniger Steuern zahlen als bisher. Das Modell würde Wettbewerbsverzerrung zwischen großen und kleinen Unternehmen entgegenwirken, da Konzerne meist effektiv viel geringere Steuersätze zahlen. Die Einnahmen der KöSt würden sich durch das Attac-Modell um rund 2,4 Milliarden Euro erhöhen.\*

Zudem stellen wir drei weitere Forderungen:

- Die nächste Regierung muss das ruinöse Dumping bei den Konzernsteuern beenden anstatt es zu verschärfen! In der EU braucht es daher Mindeststeuersätze für Konzerne.
- Die nächste Regierung darf nicht nur Lippenbekenntnisse gegen die Konzern-Steuertricks abgeben: Konzerne müssen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie wirtschaftlich tätig sind. Die Lösung dafür heißt Gesamtkonzernsteuer.
- Die Steuerprivilegien für Kapitalgewinne – etwa von Aktionär\*innen – müssen abgeschafft werden. Sie sollten genauso progressiv besteuert werden wie Lohnneinkommen.

### Steuern sind Bausteine für ein gutes Zusammenleben

Der österreichische Sozialstaat ist wie ein großes Haus, im dem wir gemeinsam wohnen. Steuern sind dabei die Bausteine für ein gutes Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sind die Steuerbeiträge gerecht verteilt, tun sie niemandem weh. Das ist aber in Österreich nicht der Fall. Denn jene, die am meisten haben, tragen zu wenig bei – auch weil Konzerne, große Vermögen, Erbschaften und hohe Kapitaleinkommen nichts oder viel zu wenig besteuern. Das gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft.

\* Alle Details dazu gibt es in einer ausführlichen Studie:  
[www.attac.at/progressive-koest.html](http://www.attac.at/progressive-koest.html)

Ein gerechtes Steuersystem benötigt – gerade vor dem Hintergrund der Klimakrise – natürlich noch viel mehr als gerechte Konzernsteuern. Was alles, das könnt ihr unter [www.attac.at/ziele/steuergerechtigkeit](http://www.attac.at/ziele/steuergerechtigkeit) nachlesen.



zur Zukunft eines „Friedensprojekts“

# Soldaten, Stacheldraht und Überwachung

Aufrüstung, Abschottung und klimapolitische Scheinlösungen werden die EU-Politik der nächsten Jahre dominieren. Progressive Kräfte können dennoch einen Unterschied machen – sofern sie einen neuen Umgang mit der EU finden.

Am Tag nach der EU-Wahl herrschte im „proeuropäischen Lager“ Erleichterung. „Der große Angriff der Euroskeptiker auf die EU konnte abgewehrt werden.“ Die „Schicksalswahl“ ist noch einmal gewonnen, das Friedensprojekt gerettet. Leider enthält diese Darstellung nur die halbe Wahrheit; das Ergebnis der extremen Rechten kann lediglich bei oberflächlicher Betrachtung erleichtern.

## Rechtsruck über die Rechte hinaus

Die 10%, die die extreme Rechte bei der Wahl erreicht hat, spiegeln bei weitem nicht ihren Einfluss wieder. Zum einen sind weitere rechte Parteien außerhalb von „Identität und Demokratie“ tätig. Zum anderen sind andere Fraktionen deutlich nach rechts gerückt. Die autoritäre Wende hat viele politische Lager erfasst. Rechtsextreme Wahlerfolge sind nur ihr oberflächlicher Ausdruck.

Zudem ist es für die politische Agenda der EU wesentlich relevanter, wer auf nationaler Ebene regiert. Sollte Matteo Salvini italienischer Ministerpräsident werden oder die Grünen in die deutsche Regierung kommen, hätte das mehr Auswirkungen als die Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament.

Die Parteien der politischen Mitte ersetzen ihre langjährige Erzählung der Hoffnung, die EU würde Wohlstand, Freiheit und Demokratie bringen, durch eine Politik der Angst, etwa vor Kriminalität, Terror oder Migration. Immer weniger Bürger\*innen glauben dem Versprechen, die EU würde Wohlstand bringen. Daher wird versucht der EU mit einem „europäischen Sicherheitsregime“ eine neue Existenzberechtigung zu geben.

## Schwerpunkte der kommenden Jahre

Die *EU-Armee* ist das neue Lieblingsprojekt. Seit 2017 werden Milliarden für Waffensysteme, militärische Infrastruktur und europäische Kampftruppen zur Verfügung gestellt. Wofür? Laut der „New Strategic Agenda 2019–2024“, um den Einfluss der EU in der Welt „entschlossener und effektiver“ auszuüben und „den europäischen Interessen in Wirtschaft, Politik und Sicherheit zum Durchbruch zu verhelfen.“

von  
Alexandra  
Strickner,  
Kai J.  
Lingnau  
und  
Valentin  
Schwarz

10

Beim Thema *Flucht und Migration* sind rechtsextreme Forderungen bereits europäische Realität geworden, etwa durch den „Best Practice“-Deal mit der Türkei. Die Folge sind unmenschliche Lebensbedingungen, Verletzungen der Flüchtlingskonvention und Deportationen in Kriegsgebiete. Nach diesem Vorbild will die EU nun weitere Migrationspakete schließen. Zudem soll die EU-Grenzagentur von 1.500 auf 10.000 Mitarbeiter\*innen aufgestockt, ihr Budget verfünffacht werden. Jene Behörde, die schwere Menschenrechtsverletzungen deckt und selbst begeht, wird in den kommenden Jahren um ein Vielfaches mächtiger werden.

Zugleich nimmt die *Überwachung* der Menschen in der EU weiter zu. Schon 2017 beschlossen die Regierungschef\*innen den Aufbau eines elektronischen Ein- und Ausreisensystems. Alle in der EU lebenden Menschen sollen biometrisch erfasst und per Kamera identifizierbar werden. Direkt nach der EU-Wahl erteilten die EU Innen- und Justizminister\*innen der Kommission den Auftrag, die bereits mehrfach vom Europäischen Gerichtshof untersagte Vorratsdatenspeicherung weiterzuverfolgen.

Das Thema der Stunde ist das *Klima*. Doch bei den bisher bekannten EU-Strategien und Maßnahmen handelt es sich eher um Symbolpolitik und leere Versprechungen. Die Ziele der EU gehen nicht weit genug, um den Klimakollaps aufzuhalten, und sind zudem mit den genannten Maßnahmen nicht zu erreichen. Eine ernsthafte Klimapolitik würde etliche Grundpfeiler der neoliberalen EU umwerfen: EU-Austeritätspolitik, EU-Agrarpolitik, EU-Handelspolitik sowie EU-Verkehrs- und Energiepolitik. Wir erwarten jedoch, dass zivilgesellschaftlicher Widerstand und die immer spürbareren Auswirkungen der Erderhitzung den politischen Druck erhöhen werden.

## Der Realität ins Auge blicken und danach handeln

Die extreme Rechte ist auf dem Vormarsch und das neoliberale Wirtschaftsregime der EU ihr idealer Nährboden. Je näher die extreme Rechte jedoch der Macht kommt, desto mehr rückt ihre angebliche EU-Feindschaft in den Hintergrund. Le Pen, Salvini und Hofer wollen die EU nicht zerstören, sondern nach ihren Vorstellungen umbauen!

Progressive Kräfte sollten sich daher von der ideologischen Identifikation mit der EU lösen und sie als das behandeln, was sie ist: eine Ebene politischer Macht, die weitgehend so konstruiert ist, dass sie den Interessen von Konzernen und Reichen nützt, dafür jene der breiten Bevölkerung ausbremst; und die in Krisenzeiten zu autoritären Mitteln greift.

Es ist rechtlich wie politisch so gut wie ausgeschlossen die EU durch eine grundsätzliche Reform oder vertiefte Integration sozialer und demokratischer zu machen. Eine klare Mehrheit in den EU-Institutionen wie in den Mitgliedstaaten steht für neoliberale Wirtschaftspolitik, Militarisierung und ein menschenverachtendes Grenzregime. Wer also „Mehr Europa“ fordert, macht sich, ob gewollt oder nicht, zum Erfüllungsgehilfen dieser Politik.

Wir sollten auch den Gegensatz von „pro-“ und „antieuropäisch“ überwinden. Statt das neoliberale Establishment zu kritisieren, reihen wir uns sonst in das Lager der „Proeuropäer\*innen“ ein. Den Rechten überlassen wir damit das Monopol auf grundsätzliche Kritik und stärken diese damit. Für progressive Ideen ist in dieser falschen Frontstellung kein Platz.

Progressive müssen ihre konkreten politischen Ziele in den Mittelpunkt stellen, nicht „die EU“, und sich dann fragen, wie sie diese Ziele erreichen wollen. Der Weg über die EU kann zielführend sein, vielen progressiven Zielen steht die EU allerdings entgegen. Also sollten wir daran denken, dass die EU nicht die einzige Möglichkeit internationaler Kooperation ist und wir zum Beispiel mit „strategischem Ungehorsam“ Widerstand leisten können.

Die ungekürzte Fassung des Textes ist online hier verfügbar:  
[attac.at/eu-2019](http://attac.at/eu-2019)

Bunter Umzug durch die  
Klagenfurter Innenstadt  
mit SambAttac



# wirtschaft transformieren

wohin können wir jetzt und hier unsere energien richten,  
um die gesellschaft zum besseren zu verändern?  
drei mögliche ansatzpunkte kristallisierten sich auf der  
18. attac sommerakademie in klagenfurt heraus.

Die Menschen träumen seit jeher von einer besseren Gesellschaft. Zuerst haben wir unsere Hoffnungen in die Götter gesetzt. Mit der Zeit wurden wir selbstbewusster. Wir hofften die Gesellschaft zu perfektionieren. Auf der Suche nach der „richtigen“ Lösung entstanden die souveränen Nationalstaaten, sozialistische Planwirtschaften, Diktaturen und zuletzt der entfesselte globale Kapitalismus.

Sie alle haben im Endeffekt versagt, weil es einfach keine Patentlösung gibt. Weil keine übergeordnete Entität uns ins Paradies bringen wird. Hier sind wir mitten im Thema der Sommerakademie (SoAk). Wie gehen gesellschaftliche Veränderungen heute von statten, wie können wir diesen Prozess beeinflussen? Conni Barger, verantwortlich für Aktivismus und Gruppen bei Attac, hat sich intensiv mit dieser Frage beschäftigt und eröffnete das erste Plenum der SoAk: „Die Geschichte zeigt, dass Veränderung von unten oft im Kleinen beginnt, mit der Vision einer Einzelperson oder einer Handvoll Menschen: Finden wir eine gute Saat, kultivieren wir sie, machen wir sie weithin sichtbar – und der Samen des Neuen kann sich verbreiten.“

Wenn das Ziel nun die Transformation der gesamten Wirtschaft ist... wo beginnen? Mich selbst hat die Frage schon lange beschäftigt, ohne eine zufriedenstellende Antwort zu finden. Vermutlich, weil es theoretisch keine gibt, sondern der Wandel durch den gelebten Alltag geschaffen werden muss. Inspiriert von der SoAk scheint es mir drei Ebenen zu geben, auf denen ein Gegenentwurf zur kapitalistischen Moderne beginnen kann:

1. Soziale Ebene: Lassen wir die kapitalistische Verwertungslogik nicht in unsere Köpfe. Bewerten wir uns und unsere Umwelt nicht nach „Marktwert“ und „Nutzen“, sondern nach menschlichen Maßstäben: Freude, Schönheit und Mitgefühl.
2. Wirtschaftliche Ebene: Jede/r von uns ist Teil der Wirtschaft, als Konsument\*in und auch Produzent\*in. Niemand kann in jeder Hinsicht „gut“ konsumieren, aber jede/r kann etwas tun. Als Produzent\*in kann jede Fertigkeit, jedes Wissen ein mächtiges Werkzeug sein. Als Taxifahrer\*in kann ich meine Fahrgäste für wirtschaftliche Themen sensibilisieren; als Sekretär\*in nachhaltige, sozial faire Anbieter von Büromaterialien bevorzugen usw.

Podiumsdiskussion mit  
Elke Rauth, Andreas Novy,  
Ralph Guth (Moderation),  
Katharina Rogenhofer  
und Julianna Fehlinger

von Julia  
Litofcenko

12

3. Politische Ebene: Hier kann ich mit Geld, Zeit oder dem Abgeben meiner Stimme aktiv an der Umsetzung alternativer Projekte arbeiten. Das kann Mitarbeit in Gewerkschaften, NGOs, Gemeindepolitik oder der Kirche sein, in landwirtschaftlichen Kooperativen, gemeinschaftlichen Stadtgärten oder regionalen Energieversorgungsnetzwerken... in jedem Projekt, für das sich Mitstreiter\*innen finden.

Über das gute Leben für alle müssen wir noch viel nachdenken. Vergessen wir dabei aber nicht, es heute schon zu leben. Die Möglichkeiten dazu liegen großzügig vor uns.



Pressekonferenz des Solidaritäts-  
pakts am 10. September 2019

## damit österreich lebendig bleibt

2017 hat Attac gemeinsam mit anderen Organisationen den zivilgesellschaftlichen Solidaritätspakt initiiert, mittlerweile sind mehr als 80 Organisationen dabei. Der Solidaritätspakt bietet einen Raum des Austausches und der Stärkung der Zivilgesellschaft. Aufgrund der vielen Angriffe der Türkis-Blauen Regierung auf wichtige demokratische Errungenschaften und aus Sorge um eine lebendige Demokratie haben wir im Solidaritätspakt dieses Thema in den Mittelpunkt gerückt.

Grundrechte, soziale Gerechtigkeit, wichtige Institutionen und kritische Stimmen, die sich für soziale und ökologische Anliegen einsetzen, gerieten durch die abgesetzte Türkis-Blau Regierung in Bedrängnis: Sie schränkte Mitsprache und Bürger\*innenbeteiligung ein – etwa beim Schutz der Umwelt und der Gesundheit, am Arbeitsplatz oder bei der Sozialversicherung. Gesetze wurden immer öfter im Schnellverfahren durchgesetzt. Die Parteispender\*innen bekamen die Gesetze, die sie wollten, wie den 12-Stunden Tag. Und die Beschneidung der Grundrechte wurde Thema.

Der Bericht „Damit Österreich lebendig bleibt. Was unsere Demokratie jetzt braucht“ wurde am 10. September präsentiert. Er thematisiert, wie wichtig eine lebendige Demokratie für alle Menschen in Österreich ist. Sieben Lebensadern sollen aufzeigen, dass wir ein breites Verständnis von Demokratie brauchen:

- Demokratie lebt vom Einsatz aller
- Demokratie braucht soziale Sicherheit
- Demokratie heißt mitgestalten können
- Demokratie braucht unabhängige Information
- Demokratie braucht eine faire Wirtschaft
- Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit
- Demokratie schützt alle gleich

Der Bericht zeigt die Vielfalt von demokratiepolitischem Engagement anhand von zivilgesellschaftlichen Initiativen – wie die Plattform Anders Handeln, Fridays for Future, die Initiative Ausbildung statt Abschiebung, Betriebsrät\*innen, die Armutskonferenz, die Pass-Egal-Wahl, die Initiative „Wir für den ORF“ und das Frauenvolksbegehren.

von  
Elisabeth  
Klatzer

13

Ein Appell für demokratiepolitisches  
Engagement

Demokratie bedeutet viel mehr als nur wählen zu gehen. Demokratie lebt von jedem und jeder einzelnen. Der Bericht möchte Diskussionen anstoßen und ist ein Aufruf zur aktiven Mitgestaltung. „Es ist jetzt Zeit zu handeln“, wie bei der Präsentation des Berichts im Rahmen einer Pressekonferenz betont wurde.

Auf der Basis des Demokratieberichtes wurde auch die Dialog-Ausstellung #demokratielebt konzipiert, die einlädt über Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement zu diskutieren. Diese mobile Ausstellung steht weiter für alle zur Verfügung, die den Austausch weitertragen möchten.

Der Bericht kann auf [attac.at](http://attac.at) heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden (bei [verwaltung@attac.at](mailto:verwaltung@attac.at)).

was unsere demokratie jetzt braucht

#demokratielebt

# SALZMARSCH 1930

Gandhis Marsch gegen das Steuerunrecht.



In dankbarer inniger Erinnerung und wachem lebendigem Gedenken  
**zum 150. Geburtstag von Mahatma Gandhi**  
2. Oktober 1869 - 30. Jänner 1948



35 x in Österreich | 18 x in Deutschland | 1 x in der Schweiz | [www.gea.at](http://www.gea.at)

## OGB VERLAG

[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)



### Sinnvoll tätig sein

Wirkungen eines Grundeinkommens

**Nikolaus Dimmel / Karl Immervoll / Franz Schandl**

Studien und Berichte / 212 Seiten / EUR 29,90 / ISBN 978-3-99046-401-4

Was geschieht, wenn 44 Langzeitarbeitslose, als „arbeitsmarktf fern“ etikettierte Personen, über einen Zeitraum von 18 Monaten ein Grundeinkommen in Höhe ihres AMS-Bezugs zuzüglich einer Leistung der bedarfsorientierten Mindestsicherung erhalten können, ohne dem AMS als arbeitslos, arbeitsfähig und arbeitswillig zur Verfügung zu stehen, Vorstellungsgespräche und Kursmaßnahmen zu absolvieren?

VERSANDKOSTENFREI BESTELLEN IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

[www.arbeit-recht-soziales.at](http://www.arbeit-recht-soziales.at) / [kontakt@arbeit-recht-soziales.at](mailto:kontakt@arbeit-recht-soziales.at)

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136



SOME LIKE IT

[grafikteam@attac.at](mailto:grafikteam@attac.at)

# NOT



# RADIO %attac

radio%attac  
produziert seit 2003  
eine wöchentliche  
Radiosendung  
zu Attac-Themen.  
[radioattac.at](http://radioattac.at)

Grüne  Erde



Besuchen Sie die

# Grüne Erde-Welt im Almtal

Alle Informationen finden Sie auf  
[www.grueneerde.com/welt](http://www.grueneerde.com/welt)

Entdecken was **Leben** und sozial faires Wirtschaften im Einklang mit der **Natur** bedeutet. Grüne Erde bietet alles für natürliches Wohnen, Schlafen, Wohnaccessoires, Öko-Mode & Naturkosmetik.

ökologisch & fair

Willkommen in der Grüne Erde-Welt!  
Hinterbergstraße 4, 4643 Pettenbach  
Öffnungszeiten: Mo bis Sa von 9:30 Uhr - 18:00 Uhr,  
sonn- & feiertags geschlossen

07615 / 20 34 10 | [www.grueneerde.com/welt](http://www.grueneerde.com/welt)

W108



